



Horst Teltchik, Niederbayerns Regierungsvizepräsidentin Monika Weinl und Marketing-Club-Präsident Erwin Wiesmeier (von links). (Foto: hal)

Sorge um Staatsschulden

Neujahrsempfang für die niederbayerische Wirtschaft

Landshut. (hal) Der ehemalige außenpolitische Berater von Altkanzler Helmut Kohl und frühere BMW-Vorstand Prof. Horst Teltchik war Hauptredner beim Neujahrsempfang für die niederbayerische Wirtschaft

in Landshut. Bei dem vom Marketing-Club Niederbayern ausgerichteten Empfang forderte Teltchik angesichts der hohen Staatsschulden in der EU eine „fiskalische Überwachung“. INNENTEIL



NEUJAHREMPFANG FÜR DIE NIEDERBAYERISCHE WIRTSCHAFT: Prof. Dr. Horst Teltchik, ehemaliger Berater von Altbundeskanzler Helmut Kohl und Hauptredner beim Neujahrsempfang des Marketing-Clubs Niederbayern am Montagabend im Bernlochnersaal, hat die unkoordinierte Finanz-Politik auf EU-Ebene kritisiert. Konkret verurteilte er das Vorpreschen von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso zur Ausweitung des Euro-Rettungsfonds. „Früher wäre das im Vorfeld mit den beteiligten Staaten abgestimmt worden“, sagte er. Teltchik war unter Kohl als Strategie im Bundeskanzleramt maßgeblich an der deutschen Wiedervereinigung beteiligt. Am Montagabend stellte er aktuelle politische und wirtschaftliche Herausforderungen in den Mittelpunkt seiner Rede. Das Bild zeigt Marketing-Club-Präsident Erwin Wiesmeier (Zweiter von links), daneben Horst Teltchik, Oberbürgermeister Hans Rampf sowie Regierungsvizepräsidentin Monika Weinl. (Ausführlich heute im Teil Wirtschaft in der Region) (Foto: hal)

Ein großes Plädoyer für den Euro

Horst Teltschik beim Neujahrsempfang des Marketing-Clubs Niederbayern

Landshut. Er hat mit Michail Gorbatschow verhandelt und im Hintergrund die deutsche Wiedervereinigung vorangetrieben: Prof. Dr. Horst Teltschik. Am Montagabend war der einst einflussreichste Stratege der deutschen Außenpolitik und spätere BMW-Vorstand zu Gast beim Neujahrsempfang für die niederbayerische Wirtschaft, den der Marketing-Club Niederbayern in Landshut ausgerichtet hat. Es war ein großes Plädoyer für den Euro, das Teltschik vor Vertretern aus Wirtschaft und Politik hielt. „Wir haben keine Euro-Krise, sondern eine Schuldenkrise der Staaten“, so seine zentrale Aussage angesichts der aktuellen Turbulenzen im Euro-Raum. Deshalb fordert er mehr „fiskalische Überwachung“.



Horst Teltschik. (Foto: hal)

Teltschik geht bei seinen Vergleichen gerne in die 80er-Jahre zurück, als er unter Helmut Kohl als dessen außen- und sicherheitspolitischer Berater im Kanzleramt tätig war. Auch bei der aktuellen Finanzpolitik spannt er den Bogen dorthin: Denn Spekulationen gegen Währungen seien nichts Neues, wie er sagt. In den 80er Jahren habe etwa der bekannte Investmentbanker George Soros gegen das britische Pfund spekuliert. Er hätte Großbritannien fast in die Knie gezwungen – wenn damals nicht die Deutschen, Frankreich und andere europäische Staaten den Briten ausgeholfen hätten, um das Pfund wieder zu stabilisieren. Damals seien im europäischen Währungssystem 95 Milliarden D-Mark zur Rettung europäischer Staaten eingesetzt worden. „Und zwar erfolgreich und ohne zusätzli-

che Belastung der Steuerzahler. Nur die Bundesregierung hat damals nicht so viel öffentlich darüber geredet.“ Der Finanzminister hieß zu jener Zeit Theo Waigel.

Heute sieht das laut Teltschik aber anders aus. Konkrete Kritik übt er hier an EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und dessen Vorpreschen bei der Ausweitung des Euro-Rettungsfonds, was gerade bei deutschen Politikern für Verstimmung sorgt. „Früher wäre das im Vorfeld mit den beteiligten Staaten abgestimmt worden“, sagt Teltschik.

Grundlegende Kritik übt der frühere BMW-Vorstand auch an Wirtschaftswissenschaftlern, welche die Politik beraten: „Welchem Rat sol-

len die Politiker folgen, wenn jeder der Experten etwas anderes sagt. Wenn wundert es, dass dann auch der Chor der Politiker vielstimmig ist.“ Diese Wirtschaftsexperten würden sich keinen Deut darum kümmern, welche politischen Konsequenzen sich aus ihren Ratschlägen für die Europäische Union im Ganzen, also für das große politische Ziel der Europäischen Integration, ergeben könnten. Was ökonomisch richtig sei, könne sich unter Umständen politisch verheerend auswirken. Und wieder der Vergleich aus den 80ern: Hätte man 1989/90, als es um die deutsche Wiedervereinigung ging, nur ökonomisch gedacht, wäre die Chance der Wiedervereinigung verpasst worden, sagt Teltschik. „Es kann in der Politik nicht nur ausschließlich um ökonomische Entscheidungen gehen.“

Teltschik startete seine Karriere Anfang der 70er-Jahre als Abteilungsleiter für Deutschlandpolitik der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn. 1972 holte ihn Kohl, damals noch Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, als Referent in die Mainzer Staatskanzlei. Als Vize-Kanzleramtschef war er in den 80ern maßgeblich an den Verhandlungen der Wiedervereinigung beteiligt. Anschließend wechselte er in die Wirtschaft. Stationen waren hier unter anderem die Bertelsmann-Stiftung, BMW und der US-Flugzeugbauer Boeing. Von 1999 bis 2008 leitete er die Münchner Sicherheitskonferenz.

In Grußworten wandten sich am Montagabend auch Oberbürgermeister Hans Rampf sowie Regierungsvizepräsidentin Monika Weinl an das Publikum. –hal–